

3130/AB-BR/2018

vom 22.02.2018 zu 3311/J-BR


EUROPA
INTEGRATION
ÄUSSERES
BUNDESMINISTERIUM
REPUBLIK ÖSTERREICH

DR. KARIN KNEISSL
BUNDESMINISTERIN

Herrn
Präsidenten des Bundesrates
Reinhard TODT
Parlament
1017 Wien

22. Februar 2018
GZ. BMEIA-AT.90.13.03/0006-VI.3/2018

Die Bundesräte Stefan Schennach, Kolleginnen und Kollegen haben am 22. Dezember 2017 unter der Zl. 3311/J-BR/2017 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Auswirkungen des Regierungsprogramms auf die Bundesländer“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 6:

Projekte der Bundesregierung werden sich selbstverständlich auf das Gebiet der Bundesländer erstrecken, diese können allerdings noch nicht beziffert werden, da noch kein neues Bundesfinanzrahmengesetz beschlossen wurde.

Überall dort, wo Zusammenarbeit mit Bundesländern vorgesehen ist, wird diese entsprechend dem dafür intendierten gesetzlichen Rahmen auch stattfinden.

Dr. Karin Kneissl

